Gefährliche Flucht

US-Deserteur beantragt in Deutschland Asyl

VON NICOLE NETTER

Sein Fall könnte der Bundesrepublik einigen Ärger bereiten: André Shepherd ist der erste US-Soldat, der wegen des Irak-Kriegs desertierte und in Deutschland politisches Asyl beantragt hat. Heute wird sein Gesuch vor dem Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verhandelt.

NÜRNBERG – Seine Stimme ist freundlich, sein Lachen angenehm sonor: André Shepherd hat die Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsgegner schnell für sich gewonnen. Obwohl er nur per Internet zugeschaltet und über die Lautsprecher eines Laptops zu hören ist. „Es ist beeindruckend, dass er sich diese Gelassenheit bewahrt hat", sagt eine bebrillte Dame, und fügt hinzu: „Trotz allem."

Tatsächlich hat der 31-Jährige einen bewegten Lebensweg hinter sich, der ihn derzeit dazu zwingt, sich vor seinem einstigen Arbeitgeber, der US-Armee, in einem deutschen Asylbewerberheim versteckt zu halten. Die Odyssee beginnt, als Shepherd 26 Jahre alt ist und sein Leben einer Sackgasse glich. Er hauste in einem Auto, hatte kein Geld mehr fürs Studium.

Schöne Versprechungen

Der Rekrutierer der US-Armee, der eines Tages anklopfte, hatte Versprechungen im Gepäck: Dass sein Leben in der Armee ein Besseres sein werde, er dank der guten Bezahlung doch noch Informatiker werden könne. Shepherd unterschrieb. Damals glaubte er noch an das, was die Bush-Regierung propagierte: Dass der Krieg dem Schutz der USA diene und zum Besten für die unterdrückte Bevölkerung im Irak sei. Kurz: dass er sein Leben für die gute Sache einsetze.

Das änderte sich rasch, als er 2004 in den Irak versetzt wurde. Zwar war er als Maschinist nicht für Kampfeinsätze eingeteilt. Doch während der zahllosen Stunden, in denen er Apache-Helikopter wartete, drängte sich die Frage auf, was diese Kampfmaschinen im Land anrichteten. So begann er zu recherchieren und verschlang in der täglichen Stunde, die eigentlich für den E-Mail-Verkehr mit der Familie bestimmt war, kritische Internetseiten über den Krieg. So wurde aus seinem Verdacht Überzeugung: Er war zum Handlanger eines völkerrechtswidrigen Krieges geworden.

Denn nichts anderes ist der Irak-Einsatz für Shepherd. „Das ist eine Form moderner Kolonialisierung. Es gab keine Atom-Waffen und wir waren zu keiner Zeit durch die Irakis gefährdet. Die Regierung hat uns alle belogen."

Als er im März 2005 nach Ansbach-Katterbach versetzt wurde, war für ihn klar: Er wird nicht in den Irak zurückkehren. Und so tauchte er im April 2007, als der erneute Marschbefehl kam, für 19 Monate bei Freunden in Süd-Bayern unter. Mit dem Wissen, dass ihm im schlimmsten Fall die Todesstrafe droht, falls ihn die Militärpolizei aufgreift. Nach langem Hadern entschied er sich dann für den Schritt, den vor ihm noch keiner getan hatte: Als erster US-amerikanischer Irak-Deserteur beantragt Shepherd politisches Asyl in Deutschland.

Gebannte Zuhörer: Im Friedensmuseum verfolgen die Besucher die Erzählungen von André Shepherd (auf dem Bildschirm zu sehen), der aus Sicherheitsgründen nur via Internet zugeschaltet ist. Foto: Karlheinz Daut

Kein Vertrauen in Obama

Doch wie stehen die Chancen? Sicher – sein Antrag stützt sich auf die so genannte Qualifikationsrichtlinie der EU, die einen Schutz vor Verfolgung für Deserteure vorsieht, wenn der Militärdienst völkerrechtswidrige Verbrechen oder Handlungen umfasst. Doch genau wegen dieser Klausel halte sich sein Optimismus in Grenzen, sagt Shepherd. Denn er weiß, dass sein Fall Deutschland in die Bredouille bringt. Nimmt es ihn unter dieser Prämisse auf, würde es den Krieg im Irak für völkerrechtswidrig erklären. Außerdem würde es einen Präzedenzfall schaffen und die Beziehung zwischen Deutschland und der neuen Führung der USA, noch bevor sie überhaupt zu wachsen begonnen hat, schon belasten.

Shepherd teilt das Vertrauen, dass die Welt in Barack Obamas Neuanfang setzt, nicht. „Solange er sich nicht auch aus Afghanistan zurückzieht, sind seine Zauberworte von Hope and Change doppelzüngig", sagt er. Auch über eine Amnestie für die rund 24 000 Fahnenflüchtigen habe sich der Präsident nie geäußert – Shepherd deutet das als Ablehnung.

Dennoch ist er bereit, die Konsequenzen für sein Handeln zu tragen: „Es ist Zeit, für unsere Überzeugung einzustehen. Noch immer sterben Menschen im Irak. Deshalb dürfen wir uns nicht in die Knie zwingen lassen."